

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für regionale Entwicklung

VORLÄUFIG
2005/2018(INI)

6.2.2006

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zu öffentlich-privaten Partnerschaften
(KOM(2005)0569 – 2005/2018(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Grażyna Staniszevska

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass der Haushalt der EU bei gleichzeitig anwachsenden Aufgaben immer knapper bemessen ist und für die regionale Entwicklung immer weniger Mittel bereitstehen;
- B. in der Erwägung, dass die Mittel für öffentliche Aufgaben im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) erhöht werden können,
- C. in der Erwägung, dass die öffentliche Hand im Rahmen von ÖPP die Möglichkeit hat, vom Fachwissen von Privatunternehmen zu profitieren, bei der Umsetzung von Aufgaben Kosten zu senken, die Qualität von Dienstleistungen zu verbessern sowie Verantwortung und Risiken zu teilen,
- D. in der Erwägung, dass das Konzept von ÖPP noch weitgehend unbekannt ist und sich die öffentliche Verwaltung auf diesem Gebiet unsicher fühlt,
 - 1. erkennt an, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Definition von ÖPP vorgenommen werden muss und zur Gewährleistung der Rechtssicherheit die Vergabe von Konzessionen unter strenger Unterscheidung zwischen Konzessionen und öffentlichen Aufträgen geregelt werden muss, ohne dabei jedoch bereits jetzt komplexe rechtliche Regelungen für ÖPP auszuarbeiten;
 - 2. ist der Ansicht, dass Grundsätze für die Errichtung und das Funktionieren institutionalisierter ÖPP und die Möglichkeiten, ihnen Aufträge zu erteilen, sowie das neue Verfahren des wettbewerblichen Dialogs in den Mitteilungen der Kommission erläutert werden sollten;
 - 3. ersucht die Kommission, schnellstmöglich ein europäisches Zentrum für Fachwissen und bewährte Praktiken im Bereich ÖPP ins Leben zu rufen, dem die Vorbereitung einer Reihe beispielhafter Projekte (Modellprojekte) für sich häufig wiederholende Situationen obliegt, in denen die ÖPP die besten Ergebnisse liefern; ist der Ansicht, dass dies vor allem für diejenigen Staaten eine große Erleichterung darstellen würde, die den ÖPP gegenüber Vorbehalte hegen;
 - 4. ist der Ansicht, dass im Rahmen von ÖPP die Heranziehung von privatem Kapital zur nationalen Beteiligung an den Strukturfonds unbedingt notwendig ist, wodurch insbesondere die Möglichkeiten armer Regionen verbessert werden; ist darüber hinaus der Ansicht, dass die Einbeziehung von ÖPP in die Kohäsionspolitik es gestatten wird, die Kosten für die Vorbereitung komplizierter Projekte im Bereich der ÖPP aus Mitteln der technischen Hilfe zu finanzieren und im Rahmen von ÖPP die Ausarbeitung gut vorbereiteter Projekte stark zu vereinfachen.